

Antrag

der Abg. Stephan Braun u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Rechtsextremistische Vereine, Organisationen und Parteien in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Aktivitäten der Vereine und Organisationen

- Freundeskreis ein Herz für Deutschland e.V.,
- REP Fraktion Baden-Württemberg e.V. (REP-FBW),
- Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V.,
- Deutsches Seminar e.V.,
- Deutscher Kreis von 1972 e.V.,
- Freiheitliche Initiative,
- Kriegsgräberstiftung – Wenn alle Brüder schweigen e.V.,
- Gesellschaft für Kulturwissenschaft – gemeinnütziger Wissenschaft e.V.,
- Deutsche Studiengemeinschaft
- Vereinigte Rechte (VR)
- Witiko-Bund

der Landesregierung bekannt sind, die über die Veröffentlichungen des baden-württembergischen Verfassungsschutzberichts hinausgehen;

2. welche Erkenntnisse der Landesregierung über die genannten Vereine und Organisationen vorliegen, die über die Veröffentlichungen des baden-württembergischen Verfassungsschutzberichts hinausgehen;
3. welche angeblichen oder tatsächlichen Parteien sowie weitere Vereine und Organisationen mit rechtsextremistischem Hintergrund in den vergangenen zehn Jahren in Baden-Württemberg gegründet wurden;
4. welche der (neu-)gegründeten Parteien, Vereine und Organisationen mit rechtsextremistischem Hintergrund sich in den vergangenen zehn Jahren wieder aufgelöst haben bzw. welche heute noch existieren;
5. welche der angeblichen oder tatsächlichen Parteien, Vereine und Organisationen personelle, strukturelle und inhaltliche Kontinuitäten zu aufgelösten Parteien, Vereinen und Organisationen aufweisen;
6. in welchem Umfang die genannten Vereine, Organisationen und Parteien im Einzelnen personell und strukturell Beziehungen zu anderen rechtsextremistischen Vereinen, Parteien und Organisationen haben und wie diese im Einzelnen geartet sind;
7. welche Bedeutung die genannten Vereine, Parteien und Organisationen im Einzelnen für die rechtsextremistische Szene in Baden-Württemberg und im Bund haben;
8. wie sich die genannten Vereine, Organisationen und Parteien im Einzelnen finanzieren und welche Vergünstigungen die jeweiligen Parteien und deren Spender in Anspruch nehmen können;
9. wie sich die Mitglieder- und Organisationsstruktur der genannten Vereine, Parteien und Organisationen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat und welche Erkenntnisse über die momentane Mitgliederzahl und Führungsstruktur für die einzelnen Vereine, Organisationen und Parteien vorliegen.

11. 07. 2002

Braun, Bebbber, Birzele, Kipfer, Maurer,
Weckenmann, Wichmann SPD

Begründung

In Baden-Württemberg existieren zahlreiche eingetragene Vereine mit rechtsextremistischem Hintergrund, die Personen, Parteien und Organisationen in der rechtsextremistischen Szene in Baden-Württemberg und bundesweit auf unterschiedliche Weise unterstützen. Hinter neugegründeten rechtsextremistischen Parteien, Vereinen und Organisationen verbergen sich ebenso häufig bekannte Personen, Strukturen und Inhalte aus verbotenen, aufgelösten oder umbenannten Parteien und Organisationen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich zum einen die Frage, welche strukturellen und personellen Beziehungen Vereine, Organisationen und Parteien mit rechtsextremistischem Hintergrund untereinander und zu anderen rechtsextremistischen Organisationen, Vereinen und Parteien im Einzelnen unterhalten. Zum anderen ist von Interesse, inwiefern im rechtsextremistischen Parteien- und Vereinsspektrum alte Kader und Strukturen fortbestehen und welche Vorteile diese Parteien und Vereine und ihre Unterstützer durch den Parteienstatus bzw. Vereinsstatus im Einzelnen haben.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 1. August 2002 Nr. 5–1082.2/305 nimmt das Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. welche Aktivitäten der Vereine und Organisationen

- *Freundeskreis ein Herz für Deutschland e.V.*,
- *REP Fraktion Baden-Württemberg e.V. (REP-FBW)*,
- *Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V.*,
- *Deutsches Seminar e.V.*,
- *Deutscher Kreis von 1972 e.V.*,
- *Freiheitliche Initiative*,
- *Kriegsgräberstiftung - Wenn alle Brüder schweigen e.V.*,
- *Gesellschaft für Kulturwissenschaft - gemeinnütziger Wissenschaft e.V.*,
- *Deutsche Studien Gemeinschaft*,
- *Vereinigte Rechte (VR)*,
- *Witiko-Bund*

der Landesregierung bekannt sind, die über die Veröffentlichungen des baden-württembergischen Verfassungsschutzberichts hinausgehen;

Zu 1.:

Zu den unter Ziffer 1 aufgeführten Vereinen und Organisationen sind folgende Aktivitäten bekannt:

- „*Freundeskreis ein Herz für Deutschland e.V.*“

Unter dieser Bezeichnung gibt es in Baden-Württemberg derzeit zwei von einander unabhängige Freundeskreise, wobei jedoch nur der Pforzheimer Verein eigenen Angaben zufolge ein eingetragener Verein ist.

- a) „Freundeskreis ‚Ein Herz für Deutschland‘, Pforzheim e.V.“ (FHD)

Über die Veröffentlichungen des baden-württembergischen Verfassungsschutzberichts hinaus können keine weiteren Angaben zu den Aktivitäten des Vereins gemacht werden.

- b) Freundeskreis „Ein Herz für Deutschland“, Stuttgart

Der Freundeskreis „Ein Herz für Deutschland“, Stuttgart, führt in der Regel jeden zweiten Freitag im Monat in einer Gaststätte in Stuttgart-Zuffenhausen eine Vortragsveranstaltung durch. Zu diesen Veranstaltungen wird weder öffentlich eingeladen noch haben sie eine Außenwirkung. Als Redner werden bekannte Referenten aus der rechtsextremistischen Szene eingeladen.

Daneben tritt der Freundeskreis „Ein Herz für Deutschland“, Stuttgart, gelegentlich auch zusammen mit anderen rechtsextremistischen Organisationen bei Vortragsveranstaltungen als Mitveranstalter auf, so z.B. am 19. Oktober 2001 in Stuttgart-Untertürkheim zusammen u.a. mit der „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG), der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), dem „Freundeskreis ‚Ein Herz für Deutschland‘, Pforzheim e.V.“ (FHD) und der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD).

– „*REP Fraktion Baden-Württemberg e.V.*“ (*REP-FBW e.V.*)

Unter dem Namen „REP Fraktion Baden-Württemberg e.V.“ (*REP-FBW e.V.*) wurde am 27. August 2001 ein Verein ins Vereinsregister des Amtsgerichts Stuttgart eingetragen. Der Verein hat bislang kaum Außenwirkung entfaltet. Im Internet ist der Verein unter www.rep-fraktion.de zu erreichen. Die Homepage des *REP-FBW e.V.* ist mit dem baden-württembergischen Landesverband der Republikaner verlinkt.

Der Verein verfolgt eigenen Angaben zufolge „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke“. Nach § 2 seiner Satzung beabsichtigt er, die politische Bildung mit dem Ziel zu fördern, „Erscheinungen wie politische Gewalt und politischen Extremismus zu verhindern“. Die Realisierung dieses Vereinszwecks ist vor dem Hintergrund, dass neben dem Bundesverwaltungsgericht auch die Oberverwaltungsgerichte von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen bei den Republikanern tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festgestellt haben, in Zweifel zu ziehen.

– „*Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V.*“

Die 1987 gegründete Vereinigung, die ihren Sitz in Miesbach/Bayern hat und von der österreichischen Rechtsextremistin und Publizistin Lisbeth Grolitsch geleitet wird, will nach ihrer Satzung das deutsche Volkstum und die deutsche Kultur fördern. Über Aktivitäten in Baden-Württemberg ist nichts bekannt.

– „*Deutsches Seminar e.V.*“

Das „Deutsche Seminar e.V.“ ist Beobachtungsobjekt des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV). Es ist im Vereinsregister beim Amtsgericht Nürtingen eingetragen. Die Aktivitäten des Vereins beschränkten sich in der Vergangenheit auf Vortragsveranstaltungen mit überwiegend rechtsextremistischen Referenten. Die letzte Veranstaltung, die der Verein allein verantwortlich durchführte, fand am 22. März 1997 in Stuttgart statt. Danach trat das „Deutsche Seminar“ noch einmal im März 2001 zusammen mit dem „Cannstatter Kreis“ in Stuttgart als Veranstalter auf.

– „*Deutscher Kreis von 1972 e.V.*“

Der „Deutsche Kreis von 1972 e.V.“ ist Beobachtungsobjekt des Landesamts und ebenfalls im Vereinsregister beim Amtsgericht Nürtingen eingetragen. Die Aktivitäten des Vereins beschränken sich auf die Abhaltung von monatlichen Zusammenkünften, die jedoch keinerlei Außenwirkung haben.

– „*Freiheitliche Initiative*“

Seit 1995 ist eine „Freiheitliche Initiative Heilbronn“ (FIH) bekannt. Unter diesem, aber auch unter anderen Namen führt ein bekannter Neonazi aus Heilbronn regelmäßig Vortragsveranstaltungen und Liederabende im Raum Heilbronn durch. In diesem Jahr fanden Vortragsveranstaltungen im Januar mit dem Rechtsextremisten Wolfgang Juchem und im April mit dem ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert statt. Seit Januar 2002 ist die „Freiheitliche Initiative Heilbronn“ auch im Internet mit einer eigenen Homepage – www.fih-stammtisch.de – vertreten. Laut dieser Homepage werden neben den Veranstaltungen auch so genannte Stammtischtermine durchgeführt, über die aber nichts Weiteres bekannt ist.

– „Kriegsgräberstiftung – Wenn alle Brüder schweigen e.V.“

Ein Verein „Kriegsgräberstiftung – Wenn alle Brüder schweigen e.V.“ ist kein Beobachtungsobjekt des LfV.

– „Gesellschaft für Kulturwissenschaft – gemeinnütziger Wissenschaft e.V.“

Ein Verein „Gesellschaft für Kulturwissenschaft – gemeinnützige Wissenschaft e.V.“ ist kein Beobachtungsobjekt des LfV.

– „Deutsche Studiengemeinschaft“

Bei der „Deutschen Studiengemeinschaft“ (DSG) werden derzeit tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen geprüft.

Die DSG wurde eigenen Angaben zufolge im August 2000 von bekannten Rechtsextremisten ins Leben gerufen. Die DSG bezeichnet sich selbst als „eine überparteiliche Initiative von unabhängigen Persönlichkeiten“, die „sich aus freiwilligen Spenden finanziert und die Unterstützung all jener Kräfte sucht, die sich für unser Volk und unseren Staat verantwortlich fühlen“.

Über ihre Internet-Homepage www.dsg-studiengemeinschaft.de können u.a. zu den verschiedensten Themen Veröffentlichungen und Literaturhinweise abgerufen werden. Daneben wurden an Aktivitäten der DSG bislang nur Flugblätter bekannt, die bei Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene verteilt wurden.

– „Vereinigte Rechte“ (VR)

Die „Vereinigte Rechte“ (VR) wurde am 11. Oktober 1997 in Herrieden/Bayern mit dem Ziel gegründet, die deutschen „Rechtsparteien“ zu einer einzigen und starken „patriotischen Partei“ zusammenzuführen. Das Parteiprogramm enthält nationalistische, völkisch-kollektivistische, fremdenfeindliche, revisionistische sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Zielsetzungen. In Sachsen, Brandenburg und am 10. Januar 1999 auch in Baden-Württemberg wurden Landesverbände gegründet. Die Einigungsbemühungen unter ihrem Bundesvorsitzenden Mario Meurer, damals in Stuttgart wohnhaft, sind auf ganzer Linie fehlgeschlagen. Auch zu Teilnahmen an Landtagswahlen war es nie gekommen. Gelegentliche Aktivitäten mit geringer Resonanz konnten nur in Baden-Württemberg bis Anfang 2001 verzeichnet werden, wo der Bundesvorsitzende und andere Mitglieder bei Bürgermeisterwahlen kandidierten. Letztendlich trat nur noch der Bundesvorsitzende Meurer gelegentlich als „Einzelkämpfer“ auf. Von der Partei ausgehende Aktivitäten konnten danach nicht mehr beobachtet werden.

– „Witiko-Bund“

Der bundesweit tätige „Witikobund e.V.“ mit Sitz in München ist Prüffall des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Zu den weiteren Einzelheiten wird auf die Antwort der Bundesregierung – Bundestagsdrucksache 14/7865 vom 13. Dezember 2001 – auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS verwiesen.

2. *welche Erkenntnisse der Landesregierung über die genannten Vereine und Organisationen vorliegen, die über die Veröffentlichungen des baden-württembergischen Verfassungsschutzberichts hinausgehen;*

Zu 2.:

Auf die Antwort zu Ziffer 1 wird verwiesen.

3. *welche angeblichen oder tatsächlichen Parteien sowie weitere Vereine und Organisationen mit rechtsextremistischem Hintergrund in den vergangenen zehn Jahren in Baden-Württemberg gegründet wurden;*

Zu 3.:

In den letzten zehn Jahren wurden die nachfolgend genannten Parteien (angebliche oder tatsächliche) sowie Vereine und Organisationen mit rechtsextremistischem Hintergrund gegründet:

a) Parteien

- „*Deutsche Friedenspartei*“ (DFP)
 - gegründet am 24. April 1999 in Villingen-Schwenningen.
- „*Vereinigte Rechte*“ (VR)
 - Auf die Beantwortung zu Ziffer 1 wird hingewiesen.
 - Der Landesverband Baden-Württemberg wurde am 10. Januar 1999 gegründet.

b) Sonstige Vereine und Organisationen

- „*Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft*“ (BDVG)
 - gegründet am 5. Juni 1999 in Heilbronn.
- „*Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg*“
 - Auf die Beantwortung des Antrages der Abg. Stephan Braun u.a. SPD vom 11. Juli 2002, Landtagsdrucksache 13/1172, wird hingewiesen.
- „*Cannstatter Kreis*“ (CK)
 - Der CK wurde am 4. Februar 1994 in Stuttgart-Bad Cannstatt gegründet und ist seit 10. September 1998 Beobachtungsobjekt des Landesamt für Verfassungsschutz.
- „*Deutscher Freundeskreis Schwaben*“ (DFS)
 - gegründet am 20. Januar 2001 in Winnenden.
- „*Deutsche Liga für Volk und Heimat*“ (DLVH)
 - Die im Oktober 1991 in Villingen-Schwenningen als Partei gegründete DLVH löste sich auf ihrem Bundesparteitag im Oktober 1996 auf und besteht seitdem als Verein weiter.

- „Nationaler Freundeskreis Kurpfalz/Rhein-Neckar“
 - gegründet Anfang 2000 in Weinheim.
 - „Süddeutscher Bund für Heimat und Leben e.V.“
 - gegründet am 10. Februar 1995 in Tuttlingen, eingetragen im Vereinsregister beim AG Tuttlingen.
 - „Zentralrat der vertriebenen Deutschen e.V. (ZvD)“
 - gegründet 1995 mit Sitz in Stuttgart.
4. welche der (neu-)gegründeten Parteien, Vereine und Organisationen mit rechtsextremistischem Hintergrund sich in den vergangenen zehn Jahren wieder aufgelöst haben bzw. welche heute noch existieren;

Zu 4.:

Bislang hat sich keine der unter Ziffer 3 genannten Parteien, Vereine oder Organisationen aufgelöst. Eine Veränderung gab es lediglich – wie unter Ziffer 3 dargestellt – bei der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH). Zur „Vereinigten Rechten“ (VR) wurden zuletzt Informationen im April 2001 und zum „Nationalen Freundeskreis Kurpfalz/ Rhein-Neckar“ Ende 2000 bekannt.

5. welche der angeblichen oder tatsächlichen Parteien, Vereine oder Organisationen personelle, strukturelle und inhaltliche Kontinuitäten zu aufgelösten Parteien, Vereinen und Organisationen aufweisen;

Zu 5.:

Dem Landesamt für Verfassungsschutz liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

6. in welchem Umfang die genannten Vereine, Organisationen und Parteien im Einzelnen personell und strukturell Beziehungen zu anderen rechtsextremistischen Vereinen, Parteien und Organisationen haben und wie diese im Einzelnen geartet sind;

Zu 6.:

Die „Deutsche Friedenspartei“ (DFP) und der „Süddeutsche Bund für Heimat und Leben e.V.“ wurden maßgeblich von Funktionären und Mitgliedern der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) initiiert. Im Übrigen erstrecken sich die personellen und strukturellen Beziehungen der rechtsextremistischen Vereine, Parteien und Organisationen untereinander darauf, dass man gegenseitig an Veranstaltungen teilnimmt, gemeinsam als Veranstalter auftritt und untereinander Referenten austauscht.

7. welche Bedeutung die genannten Vereine, Parteien und Organisationen im Einzelnen für die rechtsextremistische Szene in Baden-Württemberg und im Bund haben;

Zu 7.:

Die unter Ziffer 1 und 3 genannten Parteien, Vereine und Organisationen haben im Bund so gut wie keine und in Baden-Württemberg eine örtliche bis regionale Bedeutung. So ist die 1991 gegründete „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) als rechtsextremistische Sammlungsbewegung bzw.

Wahlpartei gescheitert. Dies trifft auch für die von DLVH-Funktionären 1999 gegründete „Deutsche Friedenspartei“ (DFP) zu, die bislang keinerlei nennenswerte Aktivitäten entfaltete. Der „Süddeutsche Bund für Heimat und Leben e.V.“, der ebenfalls von Mitgliedern der DLVH initiiert wurde, tritt nur örtlich in Erscheinung. Die „Vereinigte Rechte“ (VR), die 1997 auch als „rechte“ Sammlungspartei antrat, konnte ebenfalls nie diesem Anspruch gerecht werden. Seit Frühjahr 2001 konnten weder im Land noch im Bund Aktivitäten festgestellt werden.

Die 1999 nach internen Auseinandersetzungen von ehemaligen Mitgliedern der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) gegründete „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) hat in Baden-Württemberg nur eine marginale Bedeutung. Der „Deutsche Freundeskreis Schwaben“ (DFS) und der „Nationale Freundeskreis Kurpfalz/Rhein-Neckar“ sind seit längerem nicht mehr durch Aktivitäten aufgefallen.

Die „Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“ und der „Cannstatter Kreis“ (CK) haben nur eine regionale Bedeutung in Baden-Württemberg. Der „Zentralrat der vertriebenen Deutschen e.V.“ (ZvD) tritt durch die Herausgabe der Wochenzeitung „Der Schlesier“ in Erscheinung. Für die rechtsextremistische Szene sowohl in Baden-Württemberg wie auch im Bund ist der ZvD ohne Bedeutung.

8. wie sich die genannten Vereine, Organisationen und Parteien im Einzelnen finanzieren und welche Vergünstigungen die jeweiligen Parteien und deren Spender in Anspruch nehmen können;

Zu 8.:

Die genannten Vereine, Organisationen und Parteien finanzieren sich in der Regel durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Im Hinblick auf das Steuergeheimnis (§ 30 AO) kann zur Frage, welche steuerlichen Vergünstigungen die jeweiligen Parteien und deren Spender in Anspruch nehmen können, keine Antwort abgegeben werden.

9. wie sich die Mitglieder- und Organisationsstruktur der genannten Vereine, Parteien und Organisationen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat und welche Erkenntnisse über die momentane Mitgliederzahl und Führungsstruktur für die einzelnen Vereine, Organisationen und Parteien vorliegen.

Zu 9.:

„Deutsche Friedenspartei“ (DFP)

Zur Mitglieder- und Organisationsstruktur liegen keine Erkenntnisse vor.

„Vereinigte Rechte“ (VR)

Neben dem Bundesverband wurden auch Landesverbände, u.a. in Baden-Württemberg, gegründet. Ende 2000 hatte die Partei bundesweit etwa 50 Mitglieder. Darüber hinaus liegen zur Mitglieder- und Organisationsstruktur keine Erkenntnisse vor.

„Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG)

Der BDVG hat bundes- und landesweit nur wenige Mitglieder.

„Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“

Die Burschenschaft hat nur wenige Mitglieder.

„Cannstatter Kreis“ (CK)

Der CK ist ein Verein, der durch einen gewählten Vorstand geleitet wird und der jährlich mehrere Veranstaltungen durchführt. Seit 1998 ist die Mitgliederzahl mit etwa 50 bis 60 konstant geblieben.

„Deutscher Freundeskreis Schwaben“ (DFS)

Zur Mitglieder- und Organisationsstruktur liegen keine Erkenntnisse vor.

„Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)

Als Partei verfügte die DLVH über einen Bundes- und mehrere Landesverbände. Bundesweit hatte sie Anfang der neunziger Jahre vorübergehend zwischen 800 und 900 Mitglieder, in Baden-Württemberg zwischen 150 und 180. Seit 1996 nimmt die Mitgliederzahl des Vereins bundes- wie auch landesweit jährlich ab. Derzeit gibt es im Bund etwa 200 und in Baden-Württemberg etwa 30 Mitglieder.

„Nationaler Freundeskreis Kurpfalz/Rhein-Neckar“

Zur Mitglieder- und Organisationsstruktur liegen keine Erkenntnisse vor.

„Süddeutscher Bund für Heimat und Leben e.V.“

Zur Mitglieder- und Organisationsstruktur liegen keine Erkenntnisse vor.

„Zentralrat der vertriebenen Deutschen e.V. (ZvD)“

Der Verein hat bundesweit nur wenige Mitglieder.

In Vertretung

Eckert

Ministerialdirektor